

Feag macht in Forchheim dicht

Schaltanlagenhersteller schließt unprofitables Werk

FORCHHEIM – Der Schaltanlagenbauer Feag schließt sein Werk in Forchheim. Die Zentrale, die bisher auch dort ihren Sitz hatte, zieht um. Für rund 80 Mitarbeiter wird ein Sozialplan ausgearbeitet.

Laut Geschäftsführer Thomas Semmelmann läuft das Forchheimer Werk schon lange defizitär. Unter anderem sind in der Vergangenheit lukrative Geschäftsfelder wie die Kommunikationstechnik und die Energieerzeugung mehr oder weniger weggebrochen. Derzeit werden in Forchheim vor allem für den Großkunden Areva Schaltanlagen für Kraftwerke gefertigt. Die Branche der Schaltanlagen und -automatik insgesamt sei einem erheblichen Preisdruck ausgesetzt, die Konkurrenz aus Osteuropa fertige zum Teil viel günstiger, sagt Semmelmann. Trotz vieler Bemühungen sei es nicht gelungen, neue Geschäftsfelder aufzutun.

Dass das Werk nicht profitabel ist, habe man gewusst, sagt Betriebsratsvorsitzender Wolfgang Grund. Nicht nur die Zahlen hätten eine deutliche Sprache gesprochen, auch der Verzicht der Mitarbeiter auf bestimmte Leistungen sei in den vergangenen Jahren verhandelt worden. Zweimal wurde Kurzarbeit angeordnet, berichtet Grund. Die Betriebsleitung habe aber stets in Aussicht gestellt, dass es bald wieder aufwärts gehe.

Riesige Enttäuschung

„Für viele Mitarbeiter ist das jetzt ein Schock, die Enttäuschung ist riesig“, sagt Grund. Die Verhandlungen über einen Interessenausgleich und einen Sozialplan laufen. Ob es eine Transfergesellschaft geben oder über Abfindungen verhandelt wird, ist noch nicht klar.

Derzeit beschäftigt das Unternehmen noch 350 Mitarbeiter an den Standorten Forchheim, Bremen, St. Ingbert im Saarland und in Neuss. Dazu kommen zwei Werke in Dubai und der Slowakei. Die drei anderen deutschen Werke stehen laut Semmelmann auf gesunden Füßen. Bremen (Automatisierungstechnik und Schiffbau) sowie St. Ingbert (Schalthauscontainer) werden künftig als eigenständige GmbHs unter dem Dach der Feag agieren. Der Jahresumsatz beträgt zwischen 65 und 70 Mio. €.

Bis Ende der 90er Jahre war Feag Bestandteil des Siemens-Konzerns. Dann wurden die Fertigungszentren ausgegliedert und schlossen sich schließlich zu einer GmbH zusammen.

BEKE MAISCH

Mit leichten Lagern schwer im Geschäft

Gründer der Eolotec GmbH wollen den Markt für Windstromanlagen erobern — Idee ausgezeichnet

VON KLAUS LEONHARD

Momentan bläst der Windenergiebranche erheblicher Gegenwind aus der Politik entgegen. Zwei Gründer aus der Region hält das aber nicht davon ab, ihr Glück in diesem Segment zu suchen. Ihre Firma Eolotec entwickelt Lager für Windkraftanlagen.

NÜRNBERG – Wenn Wolfgang Losert von Radlagern spricht, denkt der Ingenieur an Wellen mit mehr als einem Meter Durchmesser. „Kleine Lager kann man im Katalog bestellen“, weiß der Geschäftsführer aus seiner Erfahrung. Deshalb hat sich sein Nürnberger Unternehmen Eolotec GmbH darauf spezialisiert, Hauptlagereinheiten, sogenannte Main Bearing Units (MBU), für Windräder zu entwickeln.

Gemeinsam mit seinem Kompagnon Matthias Pick und insgesamt zehn Mitarbeitern konstruiert und berechnet der 42-Jährige Wälzlagersysteme – abgeschlossene einbaufertige Einheiten aus Welle, Gehäuse, Wälzlagern, Dichtungen und Umbauteilen – und lässt die rund 20 Tonnen schweren und 100 000 bis 300 000 € teuren Einheiten fertigen. Das Unternehmen verkauft dann entweder die Pläne als Lizenz oder die fertigen Produkte, je nachdem, was der Kunde will. Für die Geschäftsidee gab es in diesem Jahr auch den IHK-Gründerpreis für Mitteleuropäer.

Bei der Fertigung ist äußerste Genauigkeit gefragt. Eolotec hat extra eine Sensorik für die Montage entwickelt, die überwacht, dass die Lager auf ein Hundertstel Millimeter genau eingebaut werden. Für die Montage der MBUs in die Windkraftanlagen konstruiert und fertigt Eolotec auch Hebelmittel, mit denen die Lager auf bis zu 140 Meter gehievt werden können. Immerhin rund 20 Prozent des Geschäftes machen diese Konstruktionen derzeit aus.

30 Prozent günstiger

„Unser System ist rund 30 Prozent günstiger als eine herkömmliche Einlagerlösung“, beschreibt Wolfgang Losert die Vorteile seiner MBU. Außerdem sind die Konstruktionen von Eolotec kompakter, sie kommen deshalb mit kleineren Lagern aus. Der Ingenieur hat berechnet, dass eine Einheit für acht Megawatt (MW) mit fünfmal weniger Wälzlager-Stahl auskommt als vergleichbare Lösungen: „Dadurch halbiert sich der Preis bei so großen Lagern annähernd.“ Außerdem ist bei dieser Größe die technische Grenze für normale Lager erreicht.



Die Geschäftsführer Mathias Pick (links) und Wolfgang Losert mit einem Lager für eine Windkraftanlage. Foto: Klaus Leonhard

In Deutschland drehen sich derzeit zwei Windräder in Mecklenburg-Vorpommern und in Niedersachsen mit den Produkten von Eolotec. Bisher hat das Unternehmen Systeme für 3,0 bis 5,5 MW-Turbinen entwickelt und gebaut. „Drei Entwicklungen pro Jahr können wir momentan schaffen,

jede dauert annähernd ein halbes Jahr“, sagt der Geschäftsführer, der mit seinen zehn Mitarbeitern schon etwa 20 Anlagen produziert hat.

Kunden dafür sind alle Hersteller weltweit, die Windturbinen oder große Generatoren bauen. 2012 gründeten die Ingenieure Wolfgang Losert

und Matthias Pick (34) die Eolotec GmbH aus einem Management-Buy-out. Vier Mitarbeiter nahmen die Gründer mit von ihrem früheren Arbeitgeber, einem Entwickler für Windkraftanlagen, der diesen Bereich aufgab. Hier haben sich die Jungunternehmer kennengelernt, vorher hatten beide bei einem Wälzlagerhersteller in der Region gearbeitet.

„Das ist eine einmalige Kombination in der Branche: Wir sind beide mit Wälzlagertechnik groß geworden, und verfügen zusätzlich über umfangreiches Windkraft-Know-how“, sagt Losert. Ein Name für das neue Unternehmen war auch schnell gefunden: Eolotec setzt sich aus dem Namen des griechischen Gottes des Windes, Aiolos, und dem Begriff Technik zusammen.

Nach nur kurzer Zeit ist das Unternehmen bereits erfolgreich angelaufen: „Schon im zweiten Jahr haben wir eine schwarze Null geschrieben“, sagt Wolfgang Losert, der im nun laufenden dritten Geschäftsjahr „definitiv keinen Verlust“ erwartet. Spätestens 2015 soll die Gesellschaft die Gewinnzone erreichen, der Umsatz hat sich seit der Gründung bereits verdoppelt.

Zukunft in Japan und Korea

Entsprechend sehen die Zukunftspläne der Gesellschaft aus: In etwa fünf Jahren will Eolotec ein Zehntel der neu aufgestellten Turbinen mit Lagern ausstatten – das sind etwa 1000 Einheiten – und eine eigene Montage betreiben.

Märkte für seine Lagersysteme sieht der Geschäftsführer in Zukunft neben Europa auch in Japan oder Korea. Außerdem plant er, neue Kunden zum Beispiel im Baumaschinen- oder Schiffsbau zu bedienen.

Doch momentan ist das Unternehmen mit Windkraft gut beschäftigt. Zwar entwickelt sich die Windenergie derzeit zäher als zunächst erwartet. „Das ist vor allem den politischen Umständen geschuldet“, sagt Wolfgang Losert. Trotzdem wird die Zahl der Windanlagen global weiterhin kräftig steigen: 2013 wurden laut Global Wind Energy Council (GWEC) weltweit etwa 17 500 Turbinen installiert.

Für das laufende Jahr rechnet die Organisation mit einem Wachstum von 30 Prozent vor allem durch neu hinzugekommene Märkte außerhalb der OECD. Aber auch für die folgenden Jahre wird das Wachstum auf sechs bis zehn Prozent jährlich eingestuft. „Windkraft wird also weiterhin wachsen“, ist sich Losert sicher. Und damit auch sein Unternehmen.

Sanktionen gegen China

Washington verhängt Zölle auf Solar-Importe aus Asien

WASHINGTON – Die USA verhängen weitere Zölle auf Solar-Importe aus China.

Diese gelten zudem für entsprechende Einfuhren aus Taiwan, wie das Handelsministerium in Washington mitteilte. Es begründete den Schritt damit, dass Solarmodule und Solarzellen aus diesen Ländern auf dem US-Markt zu günstig verkauft würden. Eine Schlüsselrolle in dem Streit spielt der deutsche Solarworld-Konzern, dessen US-Tochter gegen chinesische Konkurrenten vorgeht.

Diese profitieren den Vorwürfen zufolge von Zuschüssen der Regierung

in Peking und umgehen bereits 2012 eingeführte US-Zölle auf Solarmodule, indem sie dafür notwendige Zellen in Taiwan fertigen. „Diese Umgehungsmöglichkeit haben die USA nun geschlossen“, erklärte Solarworld und begrüßte die Entscheidung.

Solarimporte aus China sorgen auch in Europa für Proteste der Hersteller. Sie kritisieren, chinesische Firmen hielten sich häufig nicht an die mit der EU vereinbarten Mindestpreise. Solarworld-Chef Frank Asbeck betonte, die Europäische Kommission könne sich am entschlossenen Vorgehen der US-Regierung ein Beispiel nehmen. rtr

Matratzenkartell drohen Bußgelder

Strafe wegen Preisabsprachen

BONN – Das Bundeskartellamt will einem Bericht zufolge Bußgelder gegen Matratzenhersteller erlassen.

Die seit drei Jahren laufenden Ermittlungen hätten ergeben, dass die Produzenten verbotenem Preise abgesprochen hätten, berichtet die *Bild am Sonntag*. Ein Sprecher der Behörde wollte sich dazu nicht äußern, weil es um ein noch laufendes Verfahren gehe.

Laut der Zeitung sollen die Bußgeldbescheide noch im August erlassen werden. Welche Firmen es trifft, bleibt offen. Anfang August 2011 hatte das Kartellamt neun Standorte in vier Bundesländern durchsuchen lassen. Anlass war der Verdacht der Preisabsprache. Es bestand zudem laut damaliger Mitteilung des Kartellamts der Verdacht, dass die Hersteller Händlern Nachteile angedroht oder zugefügt oder Vorteile versprochen oder gewährt hätten, um sie zur Einhaltung bestimmter Mindestpreise beim Weiterverkauf von Matratzen anzuhalten. dpa

Richter sollen über Bankenunion urteilen

Professorengruppe hält Maßnahme zur Finanzmarkt-Stabilisierung für verfassungswidrig

BERLIN – Erneut soll ein zentrales Element der Euro-Rettungspolitik vom Bundesverfassungsgericht unter die Lupe genommen werden.

Eine Gruppe Professoren will Verfassungsbeschwerden gegen die Europäische Bankenunion erheben. Die Bankenunion habe keine Rechtsgrundlage in den europäischen Verträgen und stelle einen Grundrechtsverstoß dar, teilte die Euro-polis-Gruppe mit. Euro-polis ist eine Gruppe um den Berliner Finanzwissenschaftler Markus C. Kerber.

Zuvor hatte die *Welt am Sonntag* darüber berichtet. Ein Sprecher des Bundesverfassungsgerichts konnte den Eingang der Klage zunächst nicht bestätigen. Auch eine Sprecherin des Bundesfinanzministeriums sagte: „Uns liegt keine Klageschrift vor. Wir können die angekündigte Klage daher nicht kommentieren.“ Das Finanzministerium habe aber die jetzigen Grundlagen der Bankenunion sorgfältig geprüft. Die Bankenunion und damit die Bankenaufsicht seien verfassungsgemäß.

Banken in der EU sollen als Lehre aus der Finanzkrise künftig stärker überwacht werden. Erste Säule der Bankenunion ist die europäische Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB), die im November ihre Arbeit aufnehmen soll. Die EZB kontrolliert dabei die bedeutenden Banken im Euroraum.

Die Bankenaufsicht und die Rolle der EZB aber sind umstritten. „Die Europäische Zentralbank bekommt mehr Macht als ihr zusteht. Dies ist



Das Bundesverfassungsgericht muss sich wohl bald erneut mit der Finanzkrise beschäftigen. Diesmal geht es um die Frage, ob die geplante Bankenunion rechtmäßig ist. Foto: dpa

ein Grundrechtsverstoß“, sagte der Initiator der neuen Verfassungsbeschwerden, der Finanzwissenschaftler Kerber. Die Europäischen Verträge – und zwar Artikel 127 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU – erlauben keinen „Totaltransfer“ nationaler Aufsichten auf die EZB.

Bock zum Gärtner gemacht?

Zudem kritisierte Kerber, die EZB agiere immer stärker fiskalpolitisch. „Sie überschüttet die Kreditinstitute mit billiger Liquidität und schafft auf diese Art und Weise Risiken. Nun soll sie aber auf der anderen Seite diese Risiken begrenzen. Hier hat man den Bock zum Gärtner gemacht.“ Kerber kündigte zudem weitere Verfassungs-

beschwerden an, und zwar gegen den geplanten Banken-Abwicklungsfonds. „Da dieser aber noch nicht rechtskräftig ist, kann er auch noch nicht angegriffen werden.“

Das Bundesverfassungsgericht hatte sich erst im Februar mit einem anderen zentralen Element der Euro-Rettung befasst. Dabei hatte das Gericht entschieden, das umstrittene EZB-Programm zum Ankauf von Staatsanleihen vom Europäischen Gerichtshof prüfen zu lassen. Das deutsche Verfassungsgericht geht davon aus, dass die EZB mit dem sogenannten OMT-Programm ihre Kompetenzen überschritten hat. Der 2012 beschlossene Plan gilt als Hauptgrund für die Beruhigung der Eurokrise. dpa

Silberpreis sorgt in USA für Ärger

Klage auch gegen Deutsche Bank

NEW YORK – Die Deutsche Bank und zwei weitere Geldinstitute sind einem Bericht zufolge wegen angeblicher Manipulation des Silberpreises verklagt worden.

Demnach wirft ein US-Investor den Banken vor, ihre Stellung beim täglichen Silber-Fixing missbraucht zu haben, um unrechtmäßige Profite einzustreichen, berichtet die Nachrichtenagentur *Bloomberg*. Ein Sprecher der Deutschen Bank kommentierte den Bericht auf Anfrage nicht.

Durch das Vorgehen der Banken sei anderen Investoren, die den Richtwert bei Transaktionen im Umfang von Milliarden Dollar benutzt hätten, Schaden entstanden, zitierte Bloomberg aus der Klage, die bei einem Bundesgericht in Manhattan eingereicht worden sei. Sie richtet sich den Angaben zufolge auch gegen die britische HSBC und die kanadische Bank of Nova Scotia. Ähnliche Klagen sind bereits wegen mutmaßlicher Manipulationen des Goldpreises eingereicht worden. dpa